



Bundeshaus

Ilse Falk, MdB • Platz der Republik 1 11011 Berlin

Berlin, 14.12.2005

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Herrn Bundesminister
Sigmar Gabriel MdB
Alexanderplatz 6
10178 Berlin

Sehr geehrter Herr Minister,
in meinem Wahlkreis am Niederrhein bauen die Bergwerke Walsum und Bergwerk West seit vielen Jahren Kohle ab. Das Bergwerk West hat den linken Niederrhein mit einer ursprünglichen Höhe seiner ebenen Flächen von 25 bis 30 Meter über N.N. bereits in riesigen Bereichen im Mittel um 9 bis 10 Meter abgesenkt. Weitere Senkungen sind im Rahmenbetriebsplan des Bergwerkes West geplant und genehmigt.

Seit dem 4. Oktober 2005 setzt sich der Abbau des Bergwerks unter Annaberg, einem Stadtteil von Rheinberg, weiter fort, was auch bisher überschwemmungssichere Wohngebiete betrifft. Bei Hochwasser könnten 90% der Stadt Rheinberg durch diese Tieferlegung überflutet werden.

Ich halte es für unverantwortlich, dass durch die Bergwerke weite, bisher hochwasser- und überflutungssichere Flächen unter Rheinniveau gelegt werden. Inzwischen sind am potentiell hochwassergefährdeten Niederrhein Deiche von bis zu 15 Metern Höhe nötig. Für solche Deichhöhen liegen bisher keine Erfahrungen vor, ihre Standfestigkeit bei längerem Hochwasser wird bezweifelt.

Um die Sicherheit der Menschen in diesen Gebieten zu gewährleisten, werden Folgen in Kauf genommen, die Umwelt und Finanzen auf alle Zeiten belasten. (z.B. Pumpenanlagen mit gewaltigen Fördervolumina, ohne die schon heute weite Teile des Landes unter Wasser ständen.)

Es wäre klug, die Bergbausubventionen schnellstens zurückzuführen. Zumindest aber die bereits geschlossenen Verträge mit der Ruhrkohle AG und der DSK daraufhin zu überprüfen, ob der Bund - neben dem Land NRW - stärker als bisher vorgeben kann, wofür die Subventionen einzusetzen sind. Umweltschädigende Handlungen (wie die Absenkung weiter Flächen mit „Ewigkeits-Kosten“ für Pumpen und Trinkwasseraufbereitungsanlagen) dürfen meiner Meinung nach nicht länger finanziert werden.

Sehr geehrter Herr Minister, ich appelliere an Sie, sich im Interesse des Umweltschutzes für eine schnellstmögliche Subventionskürzung bzw. Konditionierung der Subventionen einzusetzen. Darüber hinaus gilt es, das Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes, beschlossen vom Bundestag im August 2005, gerade auch in den vom Bergbau bedrohten Gebieten umzusetzen.

Für Ihre Unterstützung bedanke ich mich - auch im Namen aller Bürgerinitiativen gegen den Kohleabbau am Niederrhein - schon heute.

Mit freundlichen Grüßen